

*Ingeborg Gabriel*

## **Transformationen**

### Europa zwanzig Jahre nach der Wende<sup>1</sup>

#### 1. Ein kurzer Rückblick auf das *annus mirabilis*

Das Jahr 1989 ist das zentrale Datum der europäischen und wohl auch der Weltgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In diesem Jahr ging das „kurze 20. Jahrhundert“ (1914-1989) zu Ende – eine Epoche, in der zwei Weltkriege sowie ein historisch einmaliger Staatsterror unbeschreibliches Leid über Millionen und Abermillionen von Menschen brachten. Es beendete auch den Kalten Krieg, der die Nachkriegswelt mehrere Male an den Rand eines weiteren, nunmehr atomaren, Weltkriegs führte sowie den ideologischen Konflikt zwischen West und Ost, der die Welt über Jahrzehnte nicht nur politisch, sondern auch intellektuell spaltete. 1989 wurde daher zu Recht als *annus mirabilis* bezeichnet.

Obwohl es eine Reihe von Gründen für die Implosion der kommunistischen Regime gibt, politische, wirtschaftliche, moralische und nicht zuletzt geistige, kam die Wende doch für alle Zeitgenossen völlig überraschend. Mit dem Fall der Berliner Mauer – einem Ereignis von hoher Symbolkraft – begann eine Zeit großer Hoffnungen. Der „Eiserne Vorhang“ mit seinen menschenverachtenden Grenzkontrollen, Stacheldrahtverhauen, Streuminen, Hunden und Polizisten, die die Flucht aus den ost- und mitteleuropäischen Staaten verhindern sollten, fiel. Politische Regime, die ihre Bürger und Bürgerinnen, vor allem Intellektuelle und Christen, über Jahrzehnte bespitzelten und in Angst hielten, lösten sich auf. Die Entscheidung Michael Gorbatschows 1989/90, keine sowjetischen Panzer einzusetzen, sowie der Zerfall der Sowjetunion im Sommer 1991 besiegelten das Schicksal des Staatskommunismus. Zivilgesellschaftliche Menschenrechtsbewegungen hatten so in den weitgehend friedlichen Revolutionen von 1989 die waffen- und geheimdienstbewehrten Regime in die Knie gezwungen. Grenzen, die das Denken und die Wahrnehmung von zwei Generationen (in Russland waren es vier) bestimmt hatten, existierten plötzlich nicht mehr.

Das *wunderbare* Jahr 1989 hatte freilich eine Vorgeschichte: die von den Sowjets und internen Kommunistischen Parteien blutig niedergeschlagenen

---

<sup>1</sup> Der ungekürzte Beitrag findet sich in: AMOSinternational 4/2009, 3-10.

Revolutionen 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei. Außerdem waren zwei Ereignisse vorangegangen, ohne die der Umbruch von 1989 wohl nicht möglich gewesen wäre: Das eine war die Gründung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) (übrigens auf Initiative des Warschauer Pakts), die 1975 die Schlussakte von Helsinki verabschiedete. Gegen Anerkennung der Nachkriegsgrenzen durch den Westen stimmte der Osten im Prinzipienkatalog der Forderung nach allgemeiner „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit“ zu. Im Korb III verpflichteten sich die unterzeichnenden Staaten zudem zur verstärkten Zusammenarbeit im humanitären Bereich, zur Erleichterung von menschlichen Kontakten über Blockgrenzen hinweg und zum Informationsaustausch. Als Folge der KSZE entstanden in vielen kommunistischen Ländern Menschenrechtsgruppen wie die Charta 77 in der Tschechoslowakei, die unter Berufung auf Helsinki die Anerkennung der bürgerlichen Grundrechte forderten. Diese Entwicklung war von den kommunistischen Regierungen nicht vorhergesehen worden.

Das zweite Ereignis von historischer Bedeutung war die kirchliche Widerstandsbewegung, die sich in Polen nach der Wahl und dem ersten Besuch von Papst Johannes Paul II. im Juni 1979 bildete. Erstmals für ein kommunistisches Land nahmen – durch das Fernsehen für alle sichtbar – Millionen Menschen in Freiluftmessen ihr Recht auf Versammlungsfreiheit in Anspruch. Die Bilder von den Streiks in der Danziger Werft, die zur Gründung der Gewerkschaft *Solidarność* führten, gingen im Sommer 1980 um die Welt. Priester in vollem Ornat, die streikenden Arbeitern die Beichte abnahmen, sowie die der kommunistischen Regierung Polens abgetrotzten drei riesigen Kreuze zum Gedenken an die 1970 erschossenen Werftarbeiter waren erste Zeichen einer geschichtlichen Wende. Die Enzyklika *Laborem exercens* von 1981 war ihr intellektueller und lehramtlicher Ausdruck: Der Marxismus sollte auf seinem eigenen Feld, der Arbeiterfrage, geschlagen werden. Das Jahrzehnt der *Perestroika* hatte begonnen.

Der Fall der Mauer am 9. November 1989 und die Selbstaufgabe des Regimes der DDR sowie der anderen kommunistischen Regierungen waren dann die direkte Konsequenz eines vereinten gewaltfreien Widerstands von Christen und Nichtchristen, die zur Erlangung der Freiheit zusammenarbeiteten. Die samtenen Revolutionen sind bis heute weltweit ein Signal der Hoffnung. Sie haben gezeigt, dass der Einsatz für Freiheit und menschliche Würde den Sieg über Diktaturen davontragen kann – und zwar ohne Blutvergießen.

## 2. Unterschiedliche Deutungen der Zeit seit 1989 in Ost und West

Doch was ist aus dem Gefühl der Befreiung, ja der Erlösung vom Alptraum der Diktatur und der Freude über die friedlichen Revolutionen in den zwanzig Jahren, die seither vergangen sind, geworden? Hier gibt es unterschiedliche Deutungen und Diskurse in Ost und West. Während im westlichen Teil Europas faktisch Einhelligkeit darüber besteht, dass das Ende der Teilung des Kontinents der Beginn einer Erfolgsgeschichte war – wenn auch mit einzelnen Rückschlägen –, ist dies, wie die soziologischen Daten zeigen, in den ehemals kommunistischen Ländern keineswegs der Fall.<sup>2</sup>

### 2.1 Der gelungene politische Systemwechsel

*Politisch* waren die Ergebnisse der Wende besser als erwartet. Zehn postkommunistische Länder sind inzwischen Mitglieder der EU und haben deren politische Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie übernommen. Die gewaltigen politischen Transformationen sind grundsätzlich gelungen, was keineswegs von vornherein ausgemacht war. Der polnische Intellektuelle und ehemalige Dissident Adam Michnik hat die letzten zwanzig Jahre daher als die besten in der 300-jährigen Geschichte Polens bezeichnet. Es gibt keine autoritären oder Militärregime in der Region. Die Minoritätenkonflikte haben sich außer am Balkan nicht gewalttätig entladen. Dies vor allem auch dank der Beitrittsperspektive zur EU, die eine klare politische Richtung vorgab. Der Beitritt zur EU war dann der politische Ausdruck eines unwiderruflichen Systemwechsels. In diesem Sinne sagte mir ein rumänischer Kollege, war das Jahr 2007 für Rumänien historisch wichtiger als 1989. Doch damit ist die Geschichte nicht zu Ende. Es gibt neue Sachzwänge, die – wie auch in den alten EU-Ländern – für Unmut sorgen und als neue Form des Diktats erlebt werden. Zudem hat das ideologische Erbe des Staatskommunismus hohe Erwartungen hinterlassen, die eine demokratische Politik kaum erfüllen kann. Die Enttäuschung zeigt sich in der geringen Wahlbeteiligung, die in den postkommunistischen Staaten noch niedriger ist als in den westeuropäischen Ländern. Dies ist jedoch deshalb ebenso paradox wie beunruhigend, weil die friedlichen Revolutionen von 1989 ja gerade die freie politische Partizipation aller zum Ziel hatten. Trotz aller Kritik am Westen gibt es allerdings kaum Menschen, die den Kommunismus zurückwünschen. Noch wirkt – könnte man sagen – das Gefühl der Alternativelosigkeit zum liberalen Rechtsstaat und zur Markt-

---

<sup>2</sup> Vgl. MIKLÓS TOMKA: *Wie geht es den Menschen in den Transformationsländern?*, in: Helmut Renöckl – Piotr Morcinienc – Alfred Rammer (Hg.), *Umbrüche gestalten. Sozialethische Herausforderungen im neuen Europa*, Würzburg 2008, 44-58.

wirtschaft. Der „Ostalgie“, von der später noch die Rede sein wird, entspricht daher in der Regel keine explizit prokommunistische Haltung oder die Orientierung an einem antikapitalistischen Projekt.<sup>3</sup>

Die eigentliche politische Gefahr geht heute von einem fremdenfeindlichen und chauvinistischen Nationalismus aus. Dieser konnte zwar in den neunziger Jahren nicht jene Bedeutung erlangen, die vielfach befürchtet wurde. Er ist jedoch alles andere als politisch tot. Nationale Gefühle und Einstellungen haben in Ost- und Mitteleuropa sowohl aufgrund ihrer Unterdrückung durch einen internationalistischen Kommunismus als auch aus Traditionsgründen generell einen höheren Stellenwert als im Westen. Zudem ist ein (historisierender) Nationalismus gut geeignet, um das ideologische Vakuum zu füllen, das der Kommunismus hinterlassen hat. Wie dieser bietet er ein einfaches Welterklärungsmodell, das scharf zwischen ‚uns‘ und den ‚anderen‘ trennt und daher auch höchst konfliktiv ist. Seine Waffe ist allerdings nicht mehr die marxistische Heilslehre, sondern ein funktionalisiertes Leidens- (und Triumph-)Gedächtnis der eigenen Nation, das sich gegen Andere aller Art richtet.

## 2.2 Die wirtschaftliche Systemumstellung: mehr Verlierer als Gewinner

*Wirtschaftlich* war und ist der Übergang von der kommunistischen Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft neoliberaler Prägung keineswegs friktionsfrei. In den Revolutionen von 1989 hatte man sich wenig Gedanken über die Wirtschaft gemacht. Man glaubte, dass man den Wohlstand und das sozialstaatliche System des Westens übernehmen werde. Diese anfänglichen Hoffnungen auf einen „Kommunismus ohne Kommunisten“ (Wladislaw Bartoszewski) wurden allerdings rasch enttäuscht. In allen postkommunistischen Ländern kam es zu massiven Einbrüchen im Bruttoinlandsprodukt, zu einem Anstieg der Inflation, zu hoher Arbeitslosigkeit und zu neuen Formen der Armut. Ein Grund dafür war der wirtschaftliche Transformationsprozess selbst, durch den funktionierende, wenn auch ineffizient produzierende, wirtschaftliche Einheiten zerstört wurden. Die Arbeiter waren davon am meisten betroffen. Nicht nur erhöhte sich die Arbeitslosigkeit, es kam auch zu einer negativen Lohnentwicklung in einem für westliche Verhältnisse unvorstellbaren Ausmaß. So stieg beispielsweise die Arbeitslosigkeit in Polen von null auf 16,4 % im Jahre 1994 und liegt 2008 bei 13 %. Im Jahre 2003 war die

---

<sup>3</sup> Vgl. MICHAEL EHRKE: *Das neue Europa: Ökonomie, Politik und Gesellschaft des postkommunistischen Kapitalismus*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Internationale Politikanalyse – Europäische Politik*, Berlin 2004, 1-12, hier: 10.

Arbeitslosigkeit in den neuen EU-Ländern fast doppelt so hoch wie in den alten, sie verringerte sich dann bis 2008 – und ist nun wieder im Steigen. Zugleich fielen die Reallöhne dramatisch. In Ungarn gab es zwischen 1989 und 1996 einen Reallohnverlust von 20 %, und die Löhne erreichten erst 2000 wieder 85 % des Niveaus von 1989. In Bulgarien und Litauen waren sie 2004 noch immer halb so hoch wie 1989, in Slowenien, Slowakei, Rumänien und Lettland lagen sie bei 70-80 % gegenüber 1989.<sup>4</sup> Leichte Steigerungen gab es vor der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Estland, Tschechien und Ungarn. Doch die letzten Monate brachten für alle Länder der Region Wirtschaftseinbrüche, die am schlimmsten in Lettland und Litauen waren, wo das BIP innerhalb eines Jahres um 9-10 % fiel. Die langfristigen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind noch nicht abzuschätzen.

Die neoliberale Wirtschaftsdoktrin mit ihrem Anti-Etatismus (mehr privat, weniger Staat) trug zudem dazu bei, dass sich in den postkommunistischen Ländern neue oligarchische Eliten bilden konnten, die vielfach mit der alten kommunistischen Nomenklatura identisch sind. Sie allein hatten die Beziehungen, um die Gunst der Stunde zu nützen und sich in die privatisierten Staatsunternehmen einzukaufen. Die Zahl der wirtschaftlichen Verlierer nach der Wende ist daher überall um vieles größer als die Zahl der Gewinner.

Die neue Armut trifft vor allem schlecht ausgebildete Randgruppen, Rentner, allein erziehende Mütter, Behinderte und alle, die von irgendeiner Form staatlicher Transfers abhängig sind, und dies um vieles härter als dies bisher in den westlichen Demokratien der Fall war. Das Ergebnis in den ostmitteleuropäischen Ländern, die ja auch vor dem Kommunismus keine Marktwirtschaft im modernen Sinn hatten, ist eine schlecht ausgestattete Variante des gleichfalls geschrumpften westeuropäischen Sozialstaats und eine vertiefte Kluft zwischen Arm und Reich. Aus diesem Grund wird die westliche Sicht, die die Zeit nach 1989 vor allem als Erfolgsgeschichte interpretiert, von großen Teilen der Bevölkerung, aber auch von Intellektuellen als hegemonialer Diskurs gesehen, wie Janos Kovacs<sup>5</sup> zeigt.

### 2.3 Kultureller Orientierungsverlust nach dem Zusammenbruch des Kommunismus

Am tiefgreifendsten und am schwierigsten zu bewältigen sind laut Transformationsforschung jedoch die *kulturellen und geistigen* Folgen des Kommunismus und der durch seine Implosion verursachte soziale Orientierungsver-

---

<sup>4</sup> IVAN BEREND: *Social shock in transforming Central and Eastern Europe*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 40/2007, 269-280, hier: 272.

<sup>5</sup> JÁNOS MÁTYÁS KOVÁCS: *Östliches Ressentiment – westliche Indifferenz. Solidaritätsdiskurse in der Europäischen Union*, in: *AMOSinternational* 4/2009, 35-42.

lust.<sup>6</sup> Auch zwanzig Jahre nach dem Ende des Kommunismus befinden sich die Gesellschaften in einem Schockzustand.<sup>7</sup> An die Stelle des Legitimitätsdefizits der alten Regime ist kein Vertrauen in die neuen Regierungen getreten. Dies mag verschiedene Ursachen haben. Zum einen ist da das ideologische Erbe. Obwohl es je länger desto weniger überzeugte Marxisten in den kommunistischen Ländern gab, so waren die Menschen doch von der „Kultur des Kommunismus“ geprägt. Diese hinterließ nicht nur ein Misstrauen aller gegen alle im Sinne eines postkollektivistischen Syndroms,<sup>8</sup> sondern auch eine rückwärtsgewandte Sehnsucht nach einer Welt ohne größere ökonomische Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit und Armut, also nach einer egalitären Gesellschaft zwar auf einem niedrigen Einkommensniveau, aber abgesichert. Die Kollision zwischen den vom kommunistischen Staat vermittelten und teils auch realisierten Werten und den neuen Werten des Kapitalismus mit seiner Freiheit, aber auch Unsicherheit und großen Einkommensunterschieden ist der wohl wichtigste Grund für die gegenwärtige Unzufriedenheit. Ein Wandel im Bewusstsein braucht hier mehrere Generationen.

Die Kommunismus-Nostalgie hat aber nicht nur ökonomische Gründe. Der verklärende Blick auf die diktatorische Vergangenheit ist auch deshalb so populär und droht die Freude über die Ablösung der Diktaturen zu überschatten, weil der Kommunismus Lebenswelten geschaffen hat, die bewusst oder unbewusst die Werte und die persönlichen Identitäten vieler Menschen in der Region in ihrer Jugend geprägt haben. Sein Zusammenbruch hat zunächst ein Gefühl der Befreiung, dann aber der Leere und der Sinndefizite hinterlassen. Ich erinnere mich an einen Spaziergang im vergangenen Sommer in Estland mit einem bekannten Architekten. Er hat die Wende beruflich gut bewältigt, sich orthodox taufen lassen und hilft Gefängnisinsassen. Dennoch sagte er etwas verschämt: Wir alle sehnen uns nach der früheren Zeit. Die Situation religiöser Menschen und nicht angepasster Intellektueller war zwar in dieser Zeit bedroht, doch diese waren eine Minderheit. Die Mehrheit hatte sich im Kommunismus schlecht und recht eingerichtet. Mit seinem Fall brachen auch ihre Lebenswelten ein. Für den Großteil der Bevölkerung erklärt sich die Nostalgie zudem aus dem Mehr an Sicherheit und Egalität, das die kommunistische Gesellschaft ärmeren Schichten bot. Der oft sehr geringe, aber doch garantierte Lohn und die feste Arbeitsstelle ohne zu viel Arbeit ermöglichten ein niedriges, aber sicheres Wohlstandsniveau, das man durch verschiedene Formen der Natural- und Tauschwirtschaft kreativ zu heben wusste. Außerdem bestand eine etwas kleinbürgerliche, aber bildungsorientierte „Kultur

---

<sup>6</sup> Vgl. JANOS KORNAI: *The great transformation of Central Eastern Europe. Success and Disappointment*, in: *Economics of transition* 14/2006, 207-244.

<sup>7</sup> BEREND: *social shock*.

<sup>8</sup> EHRKE: *Kapitalismus*, 8.

des Sozialismus“, die durchaus positive Seiten hatte, was im posttotalitären Diskurs vielfach vergessen wird. Sie stand allen offen, außer jenen, die aufgrund ihrer abweichenden Ideen oder religiösen Überzeugungen verfolgt wurden. Ein rein negatives Erinnern wird daher der effektiven Lebenswirklichkeit großer Bevölkerungsschichten unter dem Kommunismus nicht gerecht. Ein wirksames Mittel gegen die Verklärung der kommunistischen Vergangenheit wäre vielmehr ihre Thematisierung im öffentlichen Diskurs. Eine derartige Aufarbeitung der Geschichte ist bisher kaum wirklich geglückt.

### 3. Der differenzierte Umgang mit Erinnerung als Prophylaxe gegen den Nationalismus

Ein Problem besteht darin, dass unter dem Kommunismus die Geschichte des 20. Jahrhunderts mit ihrem Systemunrecht nicht thematisiert werden konnte: die Verbrechen des Faschismus, die Judenvernichtung, die Vertreibungen u. Ä. – all dies sind bis heute „Leichen im Keller“, die von Nationalisten instrumentalisiert werden. Dazu kommt der lange Schatten der konfliktiven und vielfach belasteten Geschichte der Beziehungen zwischen den Völkern in Ostmitteleuropa. Um die Explosionskraft dieser (Unrechts-)Geschichten, die unterirdisch weiterwirken, zu verringern, ist eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Geschichte unerlässlich. Dies umso mehr als in der Region Ostmitteleuropas – und dies ist zuerst einmal zur Kenntnis zu nehmen – Geschichte einen um vieles höheren Stellenwert hat als im Westen. Sie ist nicht nur Streitgegenstand für Historiker, sondern Medium und Mittel der Konstruktion politischer und nationaler Identitäten. Eine gemeinsame Zukunft kann daher nur gelingen, wenn über die Vergangenheit ausführlich gesprochen wird.<sup>9</sup> Es geht dabei sowohl um einen angemessenen Umgang mit den Opfern und Tätern als auch um grundlegende historische Klärungen, z. B. durch die Einsetzung von Historikerkommissionen, die nationalistisch verfälschte Geschichtsbilder korrigieren und so die Grundlage für gemeinsame Geschichtsbücher, Fernsehprogramme u. Ä. schaffen. Die Suche nach der historischen Wahrheit sollte dabei verbunden sein mit einer Geschichtsbeachtung unter dem ethischen und christlichen Vorzeichen des Willens zur Versöhnung. Denn die Überzeugung, Opfer der Geschichte zu sein, war schon vor den Leiden unter dem Kommunismus und der Existenz als sowjetische Satellitenstaaten in allen Ländern Ost- und Mitteleuropas als Erbe des 19. Jahrhunderts tief verwurzelt. Gerade hier kommt den Kirchen die Aufgabe zu, Gräben zu überbrücken und zivilgesellschaftliche Prozesse eines versöhn-

---

<sup>9</sup> Vgl. EMIL BRIX: *Wege nach Mitteleuropa*, online unter: [www.kulturkontakt.or.at/upload.../referat\\_Brix\\_9570.doc](http://www.kulturkontakt.or.at/upload.../referat_Brix_9570.doc) (Zugriff 20.11.2009), 8.

ten Umgangs mit der Vergangenheit zu initiieren.<sup>10</sup> Dies bedürfte zwar angesichts der in einem totalitären Regime fast unvermeidlichen Verwicklungen einzelner Amtsträger einigen Mutes, wäre aber ein wichtiger Beitrag zu ihrer Glaubwürdigkeit.

Denn – dies sei nur am Rande erwähnt – auch die Kirchen ringen mit dem kommunistischen Erbe, wenn auch in etwas anderer Weise. Die kommunistischen Regime hatten sie zwar verfolgt, ihnen aber zugleich einen klaren Platz zugewiesen. Unter den Bedingungen der pluralistischen Demokratie müssen sie nun ihre Rolle selbst definieren, ja im Gewirr der Meinungen und Positionen ihren Platz erkämpfen. Wiewohl die früheren Verfolgungen und Repressionen eine verklärte Sicht des Kommunismus ausschließen, bedeutet dies keineswegs, dass die neue liberale Ordnung auf kirchliche Zustimmung stößt. Nicht nur fehlen in ihr die klaren Trennlinien zwischen Gut und Böse, an die man gewöhnt war, Freiheitsgewinne ermöglichen zudem auch Freiheitsmissbrauch, und die Verantwortung für säkularisierende Tendenzen, die auch in den postkommunistischen Ländern zunehmen, wird nun den Kirchen selbst zugemutet.

Es wird für die weitere politische und kulturelle Entwicklung der Region wichtig sein, ob es gelingt, das unter dem Kommunismus geschehene Unrecht zu thematisieren, die sich aus dem allgemeinen Bewusstsein vielfach verflüchtigt hat. In diesem Sinn geht es darum, die friedlichen Revolutionen von 1989 als historische Zäsur zu würdigen und ein Unrechtsbewusstsein für politische Verbrechen zu schaffen. Anderenfalls könnte die Überzeugung von der historischen Notwendigkeit der Gewalt, wie sie der Marxismus vertrat, sich neue Formen suchen.

#### 4. Sozialethische Folgerungen

Die sozialetischen und politisch-praktischen Folgerungen und Prioritäten dieser überblicksartigen Analyse liegen auf der Hand. Es gilt vor allem, die kulturellen Gräben zwischen Ost und West und den Ländern der Region selbst zu überbrücken. Die in den letzten zwei Jahrzehnten geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Rahmenstrukturen müssen nun mit Geist und Leben erfüllt werden. Dies kann auf verschiedenste Weise geschehen: vom akademischen Austausch bis zu Musikveranstaltungen. In jedem Fall bedarf es jedoch des echten Interesses am „neuen Europa“, der Überwindung einer gewissen Geringschätzung und Diskriminierung, die die Kontakte noch immer oft begleitet. Die tiefe Skepsis, die der Kommunismus gegenüber allem und

---

<sup>10</sup> INGBORG GABRIEL – CORNELIA BYSTRICKY (HG.): *Kommunismus im Rückblick (1989-2009). Ökumenische Perspektiven aus Ost und West*, Ostfildern 2010 (erscheint im Herbst 2010).

jedem hinterlassen hat, kann nur durch menschliche Kontakte abgetragen werden. Hier besteht eine Bringschuld des „alten Europas“. Kulturelle Brücken sind aber nicht nur im Raum, sondern auch in der Zeit zu schlagen. Die kommunistische Ideologie hat die nationalistischen Geschichtsideologien zerschlagen. Ihr Comeback ist jedoch programmiert, wenn es nicht gelingt, andere Geschichtskonstruktionen und Gedächtniskulturen an ihre Stelle zu setzen. Die historischen Erinnerungen im ostmitteleuropäischen Raum miteinander ins Gespräch zu bringen, um neue Konflikte zu verhindern, ist eine der Herausforderungen der Gegenwart. Hier liegt auch eine wichtige Aufgabe einer christlichen Sozialethik. Prozesse der Aussöhnung müssen dabei zuerst zwischen den Kirchen geschehen. Denn diese sind hier oft eng mit den nationalen Traditionen verbunden. Nun da sie politisch unter einem europäischen Dach leben, können die Kirchen wesentlich zum Frieden beitragen – oder neue Konflikte schüren.

Der kulturelle Brückenbau kann aber nur in Verbindung mit einer Option für die Armen in der Region gelingen. Das Armutproblem in der Region wird – auch wenn sich die allgemeine wirtschaftliche Lage stabilisieren sollte – für Jahrzehnte weiter bestehen. Das erfordert das radikale Eintreten für einen sozialen Ausgleich in Europa, denn wenn es nicht gelingt, die soziale Frage zu lösen, sind auch die politischen Errungenschaften von Demokratie und Rechtsstaat langfristig gefährdet. Eine christliche Sozialethik hat daher die Pflicht, Solidarität *opportune vel inopportune* einzumahnen, also auch in Zeiten, in denen sie aufgrund geringer ökonomischer Spielräume schwieriger wird. Was das sozialpolitisch und karitativ im Einzelnen bedeutet, ist neu auszubuchstabieren. Denn hier liegt auch die Grundlage für die Akzeptanz der neuen politischen Ordnung in breiten Bevölkerungsschichten. Nach vierzig Jahren des Kommunismus bedarf es zudem einer Befassung mit den Wertgrundlagen dieser politischen Kultur Europas.<sup>11</sup> Die katholische Sozialethik ist demnach in allen ihren Kernbereichen gefordert, die weiterhin höchst notwendigen Transformationen hin auf eine kulturelle Tiefenintegration, auf Solidarität und auf Aussöhnung aktiv, kompetent und in ökumenischer Verbundenheit zu begleiten.

---

<sup>11</sup> Vgl. INGEBORG GABRIEL (HG.): *Politik und Theologie in Europa. Ökumenische Perspektiven*, Ostfildern 2008.